

In den vergangenen Monaten überschlugen sich die Nachrichten: Neben der nahezu alles beherrschenden Pandemie, der Umgang mit ihr und ihren Folgen, mussten wir uns mit dem Brexit, dem anhaltenden Rassismus und dem Kampf dagegen, mit den Wahlen in den USA und in Folge mit einem Präsidenten, der seine Niederlage nicht akzeptieren wollte und seine Anhänger zum Sturm auf das Kapitol anstachelte, auseinandersetzen. Das Vertrauen in die Politik scheint bei vielen Menschen erschüttert, andere erklären sich gleich selbst die Welt – mit Verschwörungsmythen, die einfache Lösungen für komplexe Probleme bieten.

Ob die Demokratie in der Krise ist und was das gegebenenfalls für uns als Bürgerinnen und Bürger bedeutet, diesen Fragen ging die Katholische Akademie in Bayern nach und hat dazu am

saal der Akademie ins Netz verlagern möchte. Weitere Zoom-Diskussionen haben seither stattgefunden. Solange keine Menschen direkt im Saal sein dürfen, ist so wenigstens eine Online-Diskussion möglich.

Eineinhalb Wochen vor dem Gespräch fand die Vereidigung Joe Bidens als 46. Präsident der Vereinigten Staaten statt. Bezugnehmend hierauf stellte Marita Krauss fest, dass die Krise in den USA knapp abgewendet scheine. Michael Hochgeschwender erwiderte, dass lediglich die akute Krise, der Staatsstreich abgewendet sei, die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft, die in die Krise geführt habe, sei mitnichten überwunden. Glücklicherweise hätten sich die politischen Traditionen, sagt Hochgeschwender, angesichts der Ereignisse um und nach der Wahl bewährt, die „gewachsene Selbstsicherheit der Institutionen [...] war nicht zu erschüttern,“ so Magnus Brechtken.

Er meinte auch, dass ähnliche Ereignisse beispielsweise in Großbritannien kaum vorstellbar seien, auch wenn das Mehrheitswahlsystem im Vereinigten Königreich eine ähnliche Polarisierung wie in

den USA befördere. Für Deutschland zeigte sich der Zeitgeschichtler noch optimistischer: Dank Föderalismus und der damit verbundenen Dezentralität gäbe es neben dem Bundestag in Berlin sechzehn Landesparlamente.



Foto: canva.com

Die „Selbstsicherheit der Institutionen“, so Magnus Brechtken konnte auch ein Ereignis wie den Sturm der Trump-Anhänger aufs Kapitol überstehen helfen.

Die sorgten dafür, dass Manches vielleicht langsamer und schwieriger vorstättenginge, aber eben auch stabiler sei. Dasselbe gelte für das Verhältniswahlrecht, das größere politische Repräsentanz gewährleiste und zu Kompromissen zwänge. Und so könne sich, da sind sich die beiden Experten einig, „die langweilige Mitte“ gerade in Krisen bewähren, auch, wenn diese dann in besonderer Weise herausgefordert sei – beispielsweise durch Verschwörungsmythen.

Marita Krauss merkte an, dass es auch schon während anderer Seuchen, beispielsweise zur Hochzeit der Cholera, Verschwörungsglaube gegeben habe. So hätten schon damals einige Menschen verbreitet, dass die Krankheit eine bloße Erfindung sei, andere, dass sie den Versuch der Herrschenden ihr Volk zu

Demokratie in der Krise?

Diskussion und Zoom-Gespräch

1. Februar 2021 im Rahmen der Reihe Akademie aktuell neben Frau Professor Marita Krauss als Gastgeberin den Historiker Magnus Brechtken, stellvertretender Direktor am Institut für Zeitgeschichte in München und außerplanmäßiger Professor an der LMU, sowie den Professor für Nordamerikanische Kulturgeschichte, Empirische Kulturforschung und Kulturanthropologie an der LMU, Michael Hochgeschwender, zum Gespräch ins Haus eingeladen.

Dankenswerterweise standen beide Referenten – nachdem sie schon ohne Zuschauer*innen nur für die Videoaufzeichnung diskutiert hatten – außerdem einen Monat nach der Aufzeichnung im Rahmen eines Zoom-Gesprächs noch für Fragen und Gespräch zur Verfügung. Die Diskussion auf Zoom war damals ein Pilotprojekt, das die Partizipationsmöglichkeiten vom Vortrags-



Prof. Dr. Michael Hochgeschwender (li.) ist Professor für Nordamerikanische Kulturgeschichte an der LMU. Prof. Dr. Magnus Brechtken (Mi.) ist stellvertretender Direktor am Institut für Zeitgeschichte. Prof. Dr. Marita Krauss (re.) ist Historikerin an der Universität Augsburg und war Gastgeberin des Abends.

vergiften darstelle. Donald Trump habe Verschwörungsmythen, die es in den USA seit der Unabhängigkeit im späten 18. Jahrhundert gebe, aktiv bedient, sagte Michael Hochgeschwender. „Trump hat mit seinen ‚Twitter-Hassorgien‘ polarisiert und die gewaltbereiten Menschen aufgestachelt,“ pflichtete ihm Marita Krauss bei, die von den Referenten wissen wollte, ob in der direkten Kommunikation Regierender mit der Bevölkerung via Social Media eher eine Chance oder doch eine Gefahr liege.

Magnus Brechtken mahnte an, dass man auch in den neuen Medien zur Beteiligung aufgerufen sei, Demokratie sei kein Selbstläufer, sondern verlange das Engagement der Bürgerinnen und Bürger – sowie eine gewisse Wehrhaftigkeit: In Polen und Ungarn würden demokratische Mehrheiten genutzt, um die Grundlagen des Rechtsstaats zu unterhöhlen, es sei an der EU auf gewisse Standards zu bestehen und dafür zu sorgen, dass zumindest keine Finanzmittel mehr flössen, die zur Selbstzerstörung der Demokratie beitragen. Zumal die Demokratie sich, da waren sich die drei Gesprächspartner einig, in der Systemkonkurrenz mit autoritären Regimen befinde: Das Ende des kalten Krieges bedeute keinesfalls ein Ende der Systemkonkurrenz, konstatierte Magnus Brechtken. Er gehe davon aus, dass sich Demokratien im globalen Wettbewerb vornehmlich mit der autoritär regierten Volksrepublik China messen müssen.

In diesem Zusammenhang gelte es die vor allem in den Vereinigten Staaten radikal individualisierten Menschen wieder zu einer Gemeinschaft zusammenzuführen, meinte Michael Hochgeschwender. Er deutete Bidens Rhetorik während der Amtseinführung in genau diese Richtung: als Forderung nach mehr Gemeinschaftsdenken, als Plädoyer dafür, dass sich die US-Amerikaner

Lediglich die akute Krise, der Staatsstreich, ist in den USA abgewendet worden. Die Spaltung der Gesellschaft, die in die Krise geführt habe, ist mitnichten überwunden.

wieder mehr als Gesellschaft, nicht nur als Konkurrenten am Markt, verstehen müssten. Diese Ziele gelte es nun politisch aktiv zu gestalten, fand Michael Hochgeschwender. Magnus Brechtken stimmte dem zu und ergänzte, dass dafür politische, gesellschaftliche und auch wirtschaftliche Partizipation immer zusammengedacht werden müssten.

Auch einen Monat später während der Zoom-Konferenz, während der Interessierte mit den Referenten ins Gespräch kommen konnten, blieben diese auf Nachfrage hin bei ihrer grundlegenden Zuversicht, dass die Demokratie die an sie gestellten Herausforderungen bestehen werde. Gleichzeitig sei Demo-

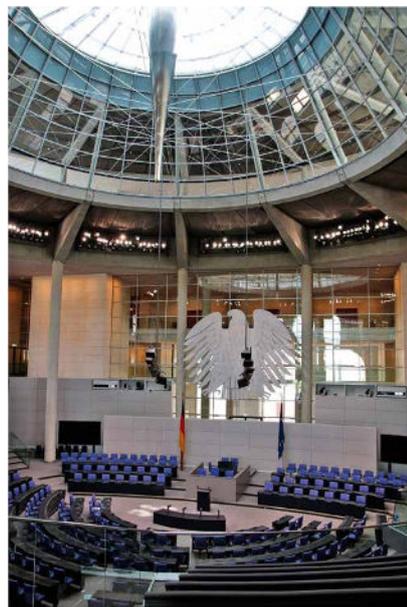


Foto: canva.com

Der Deutsche Bundestag: Eine repräsentative Demokratie ermöglicht dauerhafte Abgleichsprozesse, die für vernünftige Entscheidungen grundlegend sind.

kratie, so Magnus Brechtken, immer ein fragiler Prozess. Beide Experten gingen scharf mit den beiden US-amerikanischen Parteien ins Gericht. Michael Hochgeschwender kritisiert nicht nur die Republikaner, die sich Trump unterworfen hätten, sondern auch die Demokraten, die es als frühere Arbeiterpartei unterließen, sich um die Anliegen der Arbeiter zu kümmern, weshalb die rechten Populisten dort ansetzen könnten.

Weitere Fragen befassten sich mit dem Wunsch und der etwaigen Notwendigkeit nach mehr Einigkeit in demokratischen Gesellschaften. Die Referenten argumentierten, dass „Dissens die Norm“ sein müsse: Man müsse

In einer Demokratie muss eine gewisse Streitkultur beachtet werden. Über die Spielregeln müsste nicht nur Klarheit herrschen, diese müssten auch befolgt werden.

über Themen streiten und zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen. Dabei gelte es eine gewisse Streitkultur zu beachten, so müsse über die Spielregeln nicht nur Klarheit herrschen, diese müssten auch befolgt werden. „Fortschritt gibt es nur im Widerspruch“, konstatiert Magnus Brechtken.

Auch die Anregung, mehr Mitbestimmung zuzulassen und sich mehr in Richtung direkter Demokratie zu entwickeln, sahen die Fachleute mit Vorsicht. Die meisten politischen Streitfragen könnten nicht mit ja oder nein beantwortet werden. So habe beispielsweise die Brexit-Entscheidung nichts geklärt, sondern vielmehr zahllose neue Fragen aufgeworfen. Die repräsentative Demokratie ermögliche hingegen die notwendigen, dauerhaften Abgleichsprozesse, die für vernünftige Entscheidungen grundlegend seien. Parteiprogramme, Wahlprogramme und Koalitionsvereinbarungen seien das Ergebnis von Abstimmungsprozessen vieler unterschiedlicher Interessen. Direkte Abstimmungen hingegen hätten den Nachteil, dass sich besser organisierten Gruppen oft eher Gehör verschaffen könnten. Die gerechte Partizipation aller in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen sei jedoch grundlegend für die Stabilität der Demokratie, bekräftigten beide als eine der Schlussfolgerungen aus der Diskussion. ■



Das gesamte Gespräch finden Sie als Video wie auch als Audio-Podcast auf unserem YouTube-Kanal sowie im Dokumentationsteil unserer Website. In der PDF-Fassung dieses Heftes führt Sie [dieser Link](#) direkt zum Video und [dieser Link](#) direkt zum Audio. (Video und Audio finden Sie auch im [Dokumentationsteil](#) unserer Website über die Stichwortsuche.)